

(Abgeordneter Müller [L.-Schleußig].)

(A) Wie sieht es denn mit der deutschen Würde? Machen Sie sich keine Sorge darüber, wie das deutsche Volk und die deutsche Revolution ihre Würde wahren werden. Ich meine, es wäre gut gewesen, Sie hätten die deutsche Würde so gewahrt, wie sie die Revolution wahren wird.

(Widerspruch und Lachen rechts.)

Ich meine also, wenn es darauf ankommt, zu werten, ob wir einen Anlaß haben, den Revolutionstag und den 1. Mai als Gedenk- und Feiertage zu begehen, dann können alle die Gründe, die von den Herren der Rechten angeführt worden sind, gar nicht maßgebend sein, dann kommt es darauf an: Ist in diesen Tagen ein Wendepunkt in der Geschichte eingetreten, der uns berechtigt, mit einer freudigen Genugtuung zurückzublicken. Sie, meine Herren von der Rechten, haben dazu allerdings wenig Veranlassung, Ihre alte Gesellschaftsordnung ist in Grund und Boden zerrüttet und kann nicht wieder aufgerichtet werden. Aber die Arbeiterschaft hat alle Ursache, mit Freude und Genugtuung zurückzudenken an diese Tage, die ihre Fesseln gesprengt haben.

(Lachen rechts.)

Der 1. Mai und der 9. November sind Gedenktage, die nicht nur das sächsische, sondern auch das deutsche und (B) das gesamte Weltproletariat feiern wird, auch ohne Ihre Zustimmung.

(Bravo bei den Unabhängigen.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat das Wort Herr Abgeordneter Hartmann.

Abgeordneter Hartmann: Meine Damen und Herren! Ich möchte nur drei Punkte herausgreifen, die der Abgeordnete Krause in seinem Schlußwort angeführt hat und die ich richtigstellen möchte. Herr Krause hat geäußert, ich hätte gesagt, die Feiertage würden das Wirtschaftsleben in Industrie, Handel und Gewerbe zugrunde richten. Das ist nicht der Fall. Ich habe nur betont, die Regierung möchte Vorsorge treffen, daß das Wirtschaftsleben von Handel, Industrie und Gewerbe nicht in dieser Weise weiter geschädigt würde.

(Zuruf links: Das ist dasselbe!)

Weiter, die Ausführungen des Herrn Kollegen Krause bezüglich der hohen Löhne könnten den Eindruck machen, als habe ich in meiner Rede den Arbeitern diese Löhne nicht gegönnt. Das ist durchaus nicht der Fall. Ich habe ausdrücklich ausgeführt, daß eine erschreckende Arbeitsunlust eingerissen sei, selbst bei den jetzt bestehenden,

doch gewiß hohen Löhnen. Das ist doch etwas ganz anderes, als wie es Herr Abgeordneter Krause aufgefaßt zu haben scheint.

Schließlich ist noch gesagt worden, wir hätten die Verkündung der Selbständigmachung Polens mit Jubel begrüßt. Ich betone ausdrücklich, daß es gerade die rechtsstehenden Kreise bis weit in die liberalen hinein gewesen sind,

(Abg. Nitzsche [Deutsch]: Alle Liberalen!)

die die damalige Nachricht von der Selbständigmachung Polens als einen großen Fehler ausdrücklich gekennzeichnet haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Mit großem Bedenken und Kopfschütteln, sogar mit Schrecken ist damals diese Botschaft von der Rechten und von den Liberalen aufgenommen worden.

(Zuruf links: Aber nicht in Ihrer Presse!)

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung zunächst über den Antrag Bühring, Arzt und Genossen,

die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Ruhetage festgelegt werden.

Will die Kammer diesem Antrag zustimmen? (D) Gegen 29 Stimmen angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag Sindermann und Genossen:

Die Volkskammer wolle beschließen, die Regierung des Freistaates Sachsen möge bei der Regierung der Deutschen Republik dahin wirken, daß der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Ruhetage für das Gebiet der Deutschen Republik festgelegt werden.

Will die Kammer demgemäß beschließen? Gegen die gleiche Stimmenzahl.

Der Gegenstand der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir kommen zum 2. Punkt der Tagesordnung:

Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abgeordneten Dr. Dietel und Genossen auf Erhöhung der Servisbeiträge des Quartierleistungsgesetzes. (Drucksache Nr. 39.)

Das Wort hat der Herr Vizepräsident Dr. Dietel.

Vizepräsident Dr. Dietel: Meine Damen und Herren! Wir bitten Sie in unserem Antrage, die Regierung zu ersuchen, sofort Maßnahmen zu treffen,